Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2582

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

I.

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre 24. Jahrestagung vom 25. bis 30. November 1978 in Lissabon ab und verabschiedete die in der Anlage beigefügten Empfehlungen, Entschließungen und Richtlinien zu folgenden Themen:

— Politische Information und Erziehung

— Menschenrechte

— MBFR-Verhandlungen

— Auswirkung der Spitzentechnologie auf die Verwaltung der Meeresressourcen

— Die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung für den Wissenschaftsausschuß der NATO

— Gemeinsame Strategie des Atlantischen Bündnisses im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung

— Sicherheit der Versorgung mit nuklearem Brennstoff

— Kurzwellensendungen und die Internationale Rundfunkverwaltungskonferenz von 1979 (WARC — 79)

— Informationsfreiheit

— Terrorismus

— Waffenverkäufe

— Militärhilfe an Griechenland, Portugal und die Türkei und das Zypernproblem

— Rüstungskontrolle

— Ost-West-Beziehungen

— Maßnahmen zur Kontrolle der Meeresverschmutzung

— Kooperativprogramm mit dem Atlantischen Institut für internationale Angelegenheiten

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

II.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation;

Abg. Dr. Jaeger (CDU/CSU), Leiter der Delegation

Senator Fröhlich (Bremen) (SPD), Stellvertretender Leiter

Bundestag:

Mitglieder:

Abg. Amrehn (CDU/CSU)

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU)

Abg. Damm (CDU/CSU)

Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)

Abg. Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU)

Abg. Buchstaller (SPD)

Abg. Dr. Corterier (SPD)

Abg. Lange (SPD)

Abg. Mattick (SPD)

Abg. Neumann (SPD)

Abg. Möllemann (FDP)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Biehle (CDU/CSU)

Abg. Frau Fischer (CDU/CSU)

Abg. Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)

Abg. Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)

Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)

Abg. Flämig (SPD)

Abg. Dr. Geßner (SPD)

Abg. Horn (SPD)

Abg. Möhring (SPD)

Abg. Pawelczyk (SPD)

Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD)

Abg. Jung (FDP)

Bundesrat:

Mitglieder:

Ministerpräsident Dr. Strauß (Bayern) (CSU)

Senator Staak (Hamburg) (SPD)

Minister Dr. Möcklinghoff (Niedersachsen) (CDU)

Ministerpräsident Dr. Röder (Saarland) (CDU)

Minister Titzck (Schleswig-Holstein) (CDU)

Stellvertretende Mitglieder:

Frau Minister Griesinger (Baden-Württemberg) (CDU)

Frau Minister Donnepp (Nordrhein-Westfalen) (SPD)

Staatsminister Böckmann (Rheinland-Pfalz) (CDU)

Folgende Mitglieder der Delegation bekleiden Ämter in den Ausschüssen der Versammlung:

Abg. Lange (SPD), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses

Abg. Dr. Corterier (SPD), Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses

Abg. Mattick (SPD), Vorsitzender des Unterausschusses Entspannung des Politischen Ausschusses

Abg. Pawelczyk (SPD), Sonderberichterstatter für MBFR (im Politischen und Militärausschuß)

Abg. Damm (SPD), Vorsitzender des Unterausschusses Verteidigungszusammenarbeit des Militärausschusses

Abg. Dr. Geßner (SPD), Vorsitzender des Unterausschusses Freier Informationsfluß des Ausschusses für Erziehung, Kultur und Information

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU), Vorsitzender des Unterausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Abg. Flämig (SPD), Stellvertretender Vorsitzender und Berichterstatter für Atomenergie des Ausschusses für Wissenschaft und Technik,

Berichterstatter des Gemeinsamen Unterausschusses für Energieversorgung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Politischen Ausschusses.

Eine Gruppe spanischer Parlamentarier nahm an der Tagung als Beobachter teil.

III.

Die Plenartagung wurde im Portugiesischen Parlament vom Präsidenten der Versammlung der Republik, *Teofilo Carvalho dos Santos*, eröffnet. Er beschrieb den Weg Portugals in die Demokratie seit dem 25. April 1974. Die Diktatur habe wirtschaftliche und soziale Spannungen verursacht, die im übrigen Europa unbekannt gewesen seien. Portugal beginne nun die ungeheuere Verantwortung zu verstehen, die das Parlament zum Rückgrat der Demokratie mache. Der Parlamentspräsident verlas eine Botschaft des portugiesischen Staatspräsidenten, *Antonio Ramalho Eanes*, der erklärte, daß die Veranstaltung der Tagung in Lissabon ein Zeichen der Solidarität der NATO mit der portugiesischen Demokratie darstelle. Der Wert des Bündnisses liege in der Tatsache, daß es die demokratischen Werte und die Achtung vor der menschlichen Würde verteidige; darüber hinaus schütze es die Souveränität der Mitgliedstaaten. Die Verteidigung der Demokratie sei aber nicht nur eine militärische Aufgabe; stabile politische Institutionen, eine gesunde Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit seien genauso von Bedeutung, und in dieser Beziehung helfe die NATO den ärmeren Mitgliedern des Bündnisses. Eine neue Weltwirtschaftsordnung entstehe, in der größere Gleichheit in den Handelsbeziehungen bestehe. Es sei wichtig, die Abrüstung fortzusetzen, aber gleichzeitig dürften sich die Spannungen nicht verstärken und dürften keine Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten erfolgen. Portugal sei sich seines Beitrags für die Verteidigung des Atlantiks bewußt und hoffe, ihn mit eigenen Mitteln verwirklichen zu können. Dazu bedürfe es aber einer gesunden wirtschaftlichen Struktur, und er hoffe, daß die Konferenz dazu beitragen werde.

IV.

Ansprache des Generalsekretärs der NATO, J.M.A.H. Luns

Generalsekretär *Luns* bezog sich einleitend auf Ziffer 13 der Erklärung von Ottawa vom Juni 1974, in der die Mitglieder des Bündnisses anerkannt hätten, daß ihre Zusammenarbeit nicht nur im Zusammenwirken der Regierungen Ausdruck finde, sondern auch im freien Meinungsaustausch der gewählten Volksvertreter des Bündnisses. Hierdurch würden die auf die Erreichung der Ziele des Bündnisses gerichteten Energien mobilisiert. Luns nahm dann zu der bevorstehenden Direktwahl des Europäischen Parlaments Stellung. Sie werde die politische Dimension der Gemeinschaft verstärken. Der Beitritt der drei südlichen Staaten Griechenland, Türkei und Spanien werde das europäische Bauwerk vervollständigen. Eine Gebiet der Währungsstabilität werde zur friedlichen Ausweitung von Handel und Wirtschaft der Mitgliedstaaten beitragen. Dies werde dem atlantischen Bündnis zugute kommen. Die Nordatlantische Versammlung werde in keiner Weise durch das neue Europäische Parlament beiseite geschoben werden. Die Mitglieder der Nordatlantischen Versammlung hätten bei der Aufrechterhaltung des Bündnisses und damit bei der Verteidigung der westlichen Grundsätze und Institutionen eine wichtige Rolle zu spielen. Die Nordatlantische Versammlung umfasse geographisch und politisch die westliche Gemeinschaft, die die NATO darstelle; das Europäische Parlament stelle nur einen Teil davon dar. Je stärker der Trend zur europäischen Einigung werde, desto notwendiger werde es, die Verbindung zwischen Nordamerika und Europa aufrechtzuerhalten. In diesem Rahmen habe die Arbeit der Nordatlantischen Versammlung ihren Platz, und die Versammlung erhalte dadurch eine neue Dimension.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen ging Luns im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ministerratstagung der NATO auf eine Reihe von Einzelfragen ein. Die Südflanke des Bündnisses gebe nach wie vor Anlaß zu Besorgnis. Eine Verbesserung der dortigen Situation hänge von einer Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen ab. Den wirtschaftlich schwächeren Ländern des Bündnisses — Portugal, Türkei und Griechenland — müsse in einer mit der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt vergleichbaren Weise geholfen werden. Im Hinblick auf die Verteidigungsfragen des Bündnisses erinnerte Luns an das von Präsident Carter vorgeschlagene langfristige Verteidigungsprogramm, das die üblichen fünf Jahresprogramme in bestimmten Bereichen ergänze. Es umfasse etwa 120 Einzelmaßnahmen; ein guter Anfang mit der Durchführung sei bereits gemacht.

Entspannung in Europa könne nur durch eine Verminderung der Spannung zwischen NATO und dem Warschauer Pakt erreicht werden. Die MBFR-Verhandlungen hätten seit fünf Jahren die Solidarität der Mitglieder des Bündnisses gezeigt. Im vergangenen Jahr seien in Wien einige Fortschritte in Bezug auf die Truppenstärken und die Kollektivität erzielt worden. Eine Verständigung über die Daten sche Dimension der Gemeinschaft verstärken. Der sei jedoch nicht erreicht, und Kompromisse auf dem Gebiet der Kollektivität würden die Flexibilität der integrierten Verteidigung der NATO gefährden.

Die Fortschritte auf dem Gebiet der KSZE hielten an. Wie begrenzt auch die Erfolge der Belgrader Konferenz gewesen seien, alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß der KSZE-Prozeß fortgesetzt werden müsse. In der letzten Zeit seien allerdings kaum Fortschritte in bezug auf die Verwirklichung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki erzielt worden. Auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte gebe es einige negative Tendenzen, während sich die ideologische Kontrolle in Osteuropa verschärft habe.

Die unabhängige europäische Programmgruppe, gegründet im Jahre 1976, der alle europäischen NATO-Mitglieder außer Island angehörten, habe die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausrüstung verbessert. Präsident Carter habe erklärt, damit seien verbesserte Möglichkeiten zum Kauf europäischer Ausrüstung durch die USA geschaffen worden. Engere Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Mitglieder des Bündnisses, aber auch engere transatlantische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Ausrüstung sei im Interesse des Bündnisses im Ganzen.

Der Präsident der Versammlung, *Sir Geoffrey de Freitas*, erinnerte an die Gründung der NATO-Parlamentarierkonferenz im Jahre 1955 und begrüßte besonders den Leiter der deutschen Delegation, Abg. Dr. Jaeger, als einziges noch heute aktives Gründungsmitglied der Versammlung. Die mit ihrer Gründung verbundenen Hoffnungen seien nicht enttäuscht worden. Die Hauptaufgabe der Versammlung bestehe in der Unterrichtung der Parlamente über die Erfolge und Probleme des Bündnisses. Bei Neuwahlen kämen regelmäßig neue Mitglieder in die Versammlung; deren Kenntnis der Verteidigungsangelegenheiten werde durch die Tätigkeit in der Versammlung verbessert. Von besonderer Bedeutung sei die Verbindung zu den Vereinigten Staaten. Es sei ermutigend festzustellen, daß sich die USA trotz ihrer weltweiten Verpflichtungen so stark in der NATO engagierten. Sir Geoffrey wandte sich besonders dem Energieproblem zu und berichtete über seinen Besuch bei Präsident Carter, der sich besonders danach erkundigt habe, welche Bedeutung die Versammlung seinem Energiegesetz beimesse. Präsident de Freitas erinnerte daran, daß sich die Einfuhr von Energie in Westeuropa auf der Höhe — oder etwas niedriger — des Jahres 1973 gehalten habe, während sie in den Vereinigten Staaten um 40 % zugenommen habe. Die USA verbrauchten fast 30 % der auf der Welt verfügbaren Energie. In diesem Zusammenhang verwies Präsident de Freitas besonders auf die Arbeit des Unterausschusses für Energiepolitik.

Generalsekretär *Luns* beantwortete anschließend eine Reihe von Fragen von Mitgliedern der Versammlung. Er erklärte auf die Frage eines italienischen Abgeordneten, daß die militärische Bereitschaft des Bündnisses unverändert sei. Das Bündnis könne bis in die frühen 80er Jahre hinein einem überraschenden Angriff begegnen. Abg. *Lange* (Bundesrepublik Deutschland) fragte, warum die Mitglieder des NATO-Rates sich nicht eingehender mit den Wirtschaftsfragen befaßten, die für ein wirkungsvolles Verteidigungsbündnis ausschlaggebend seien. Generalsekretär *Luns* antwortete, die dringend erforderliche wirtschaftliche Hilfe für einige Mitglieder des Bündnisses habe eine neue Ebene des Bündnisses geschaffen. Die Mitglieder des Bündnisses sollten in ihrer Haltung hinsichtlich dieser Wirtschaftshilfe für Bündnismitglieder flexibler werden. Er erinnerte an die großen Beträge, die an Länder der Dritten Welt gingen, die nicht in jedem Fall dem Bündnis wohlwollend gegenüberstünden. Auf die Frage eines französischen Abgeordneten teilte Generalsekretär *Luns* mit, daß das Prinzip der stufenweisen Erwiderung eines Angriffs noch die Grundlage der derzeitigen Planung sei; es sei jedoch nicht wahrscheinlich, daß eine neue Konzeption innerhalb der nächsten beiden Jahre entwickelt werde. Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) erkundigte sich nach dem Standpunkt des Generalsekretärs hinsichtlich der kürzlich von der Sowjetunion veröffentlichten Erklärung, daß kein Land nach militärischer Überlegenheit streben solle und daß das Prinzip der Parität die Wiener MBFR-Verhandlungen beherrschen solle. Generalsekretär *Luns* antwortete, daß dies eine bewundernswerte Erklärung sei; er sei sich jedoch nicht sicher, daß sich die Sowjetunion daran halten werde. Abg. *Peronnet* (Frankreich) fragte, ob die Einbeziehung der amerikanischen, französischen und britischen atomaren Streitkräfte in die Rüstungskontrollgespräche mit der Sowjetunion die europäische Sicherheit erhöhen würde. Generalsekretär *Luns* antwortete, es bestehe kein Anlaß zu der Befürchtung, daß die Vereinigten Staaten annähmen, sie könnten ohne die Teilnahme der betreffenden europäischen Länder eine Vereinbarung über die „Grauzonen" erreichen. Wenn sie dies allerdings annähmen, entstünde eine sehr gefährliche Situation. Ein heftiger Wortwechsel entstand zwischen Generalsekretär *Luns* und einem holländischen Abgeordneten, der bezweifelte, daß die Haltung des Generalsekretärs in bezug auf die Neutronenbombe korrekt sei. *Luns* erklärte, er habe niemals gesagt, daß er der Entwicklung der Neutronenbombe positiv gegenüberstehe. Weitere Fragen des holländischen Abgeordneten zu diesem Thema wurden vom Präsidenten nicht zugelassen.

V.

Ansprache von General Alexander M. Haig, Jun., SACEUR,

anschließend Fragen und Antworten

General *Haig* erklärte, die Nordatlantische Versammlung spiele eine wesentliche Rolle bei der Formulierung der künftigen Politik der NATO; sie sorge dafür, daß diese Politik von der Öffentlichkeit in den Ländern des Bündnisses unterstützt werde.

Bei einem Rückblick auf die großen Veränderungen auf militärischem Gebiet innerhalb der dreißigjährigen Geschichte der NATO sei einer der wichtigsten Punkte die Spaltung innerhalb der kommunistischen Welt. Die Feindschaft zwischen Rußland und China sei wahrscheinlich größer als die zwischen diesen Staaten und dem Westen. Ein Viertel der sowjetischen Streitkräfte sei östlich des Urals stationiert. Die Auswirkungen der Veränderungen bei der Führung in China wie auch die Entwicklung der Haltung dieses Landes gegenüber dem Westen müßten sorgfältig beobachtet werden. Gleichzeitig mit der Spaltung in der kommunistischen Welt gebe es auch zentrifugale Kräfte in den Gebieten unter sowjetischer Kontrolle. In der Dritten Welt sei die Hoffnung auf stabile politische Regime enttäuscht worden. Totalitäre Regierungen seien dort die Regel. Bündniswechsel seien wegen der diktatorischen Natur dieser Länder immer möglich; diese Gebiete böten sich für einen verstärkten sowjetischen Interventionismus geradezu an. Es sei allgemein angenommen worden, daß nach dem Auszug der Amerikaner aus Vietnam ein neuer Dialog zwischen Ost und West entstehen werde. Dies sei nicht der Fall gewesen; der sowjetische Interventionismus habe sich erheblich verstärkt.

General Haig beschrieb darauf die Auswirkungen dieser Situation auf militärischem Gebiet. Innerhalb von 15 Jahren seien die Verteidigungsausgaben der Sowjetunion um 3 bis 4 % jährlich erhöht worden. Der Verteidigungshaushalt der Sowjetunion belaufe sich auf 15 % des Bruttosozialproduktes. Alle sowjetischen Streitkräfte in Europa seien moderni-

siert worden, 45 gut ausgerüstete Divisionen stünden an der chinesischen Grenze. Die Sowjetunion habe im letzten Jahr militärische Ausrüstung für Milliarden Dollars in die Dritte Welt exportiert. In den vergangenen Jahren hätten die Sowjets systematisch alle nicht einer modernen Ausrüstung entsprechenden Waffen abgeschafft, so daß die Tage der Überlegenheit der Vereinigten Staaten vorbei seien. In den letzten Monaten seien Mängel bei den in Europa stationierten taktischen Atomwaffen der NATO offensichtlich geworden, und der Westen habe die Aufgabe, das ungleiche Verhältnis zwischen den taktischen Atomwaffen auszugleichen. Diese Tatsache habe zusammen mit SALT II und der Aussicht auf SALT III Forderungen für ein neues Rollenverständnis auf beiden Seiten des Atlantiks laut werden lassen. Einige Nationen seien vor den Folgerungen zurückgeschreckt. Die Antwort des Westens erfordere jedoch eine tiefgehende Analyse, eine beachtliche Verbesserung des Dialogs und ein hohes Niveau bei der Führung. Die westlichen Führer müßten Subjektivität, Emotionen und eine übertriebene Rhetorik vermeiden. General Haig wies darauf hin, daß das Anwachsen der sowjetischen Macht die Art der Bedrohung verändert habe. In der Vergangenheit habe es genügt, sich mit Mitteleuropa — und wenig mehr — zu befassen. Heute sei die Sowjetunion eine Weltmacht, die nicht nur die Flanken des Bündnisses, sondern auch die Dritte Welt bedrohe. Der Westen könne sich nicht eine kurzsichtige Konzentration auf die MBFR-Verhandlungen leisten. Dies könne nicht die vor uns liegenden Probleme lösen, obwohl das Gelingen der MBFR-Verhandlungen eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen würde, die dem Westen gestatten würde, sich mit den Problemen außerhalb Zentraleuropas zu befassen.

Die Frage stelle sich, ob der Westen seine Bemühungen um die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen angesichts der eklatanten Einmischung der Sowjetunion in die Dritte Welt fortsetzen solle. Wenn die Bemühungen zum Abbau der Spannungen fortgesetzt werden sollten, müsse sich der Westen gleichzeitig auf die Quelle dieser Spannungen konzentrieren.

Bei den Ereignissen des letzten Jahres gebe es einige hoffnungsvolle Anzeichen: zwei Gipfelkonferenzen hätten die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten bestätigt; das Vertrauen in die Strategie der kollektiven Antwort sei wiederhergestellt worden; und ein ausgedehntes Programm zur Erneuerung der Schlagkraft des Bündnisses sei vereinbart worden. Eine jährliche Erhöhung der für die NATO bestimmten Verteidigungsausgaben von 3 % für die nächsten fünf Jahre sei beschlossen worden. Wenn ein Land dieser Verpflichtung nicht nachkomme, könnten die Folgen für das Bündnis verhängnisvoll sein.

Trotz dieser Gründe zum Optimismus bestünden innerhalb des Bündnisses Widersprüche, die es bedrohten: so die Fortsetzung der Bemühungen um die Rüstungskontrolle, bei der jedoch die lebenswichtigen Verteidigungsbelange nicht aufs Spiel gesetzt werden dürften; so die Notwendigkeit, Ereignisse außerhalb des Bündnisses in Rechnung zu stellen, so der Widerspruch zwischen lebenswichtigen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einerseits und den immer andauernden Erfordernissen der Verteidigung andererseits. Die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Krise unterscheide sich von früheren schon dadurch, daß alle westlichen Staaten gleichzeitig betroffen seien. So müsse der Westen gemeinsame Lösungen der Probleme finden.

General Haig erklärte, er sei besorgt darüber, daß einige westliche Führer die sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten ihrer Länder als im Gegensatz zu den Erfordernissen der Verteidigung stehend ansähen. Es sei aber unmöglich, der derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Krise in einer koordinierten Aktion zu begegnen, wenn Mißtrauen hinsichtlich der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen bestehe. Er plädiere nicht für die Rückkehr zu einer Machtblockpolitik. Aber er rufe zu einer besseren Abstimmung auf dem politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgebiet auf, um den Westen in die Lage zu versetzen, seine Werte zu verteidigen. Im Atomzeitalter sei der Einsatz von Gewalt nicht mehr akzeptabel. Der Westen müsse aber auf eine Konsens zwischen den größeren und kleineren Völkern hinarbeiten.

Auf die Frage des griechischen Abg. *Mineos,* ob die sowjetische Flotte eine wirkliche Bedrohung des Westens darstelle, erklärte General *Haig,* daß der Westen noch über die Kapazität verfüge, der Bedrohung durch die sowjetische Flotte zu begegnen. Der Westen müsse allerdings seine Seestreitkräfte durchgreifend erneuern, weil sonst das Gleichgewicht der Kräfte in den achtziger Jahren gefährdet sei. Angesichts der Präsenz der Sowjets auf den Weltmeeren seien die Seestreitkräfte von wachsender Bedeutung.

Auf die Frage des britischen Abg. Rear Admiral *Morgan Giles,* ob die Verbindungen zu den unterstellten Streitkräften und damit die Schnelligkeit der Reaktion auf einen Angriff verbessert worden seien, bestätigte General *Haig,* daß Verbesserungen erzielt worden seien. Die Bemühungen auf diesem Gebiet würden forgesetzt. Die Fähigkeit der schnellen Verstärkung habe die Bereitschaft der Streitkräfte verbessert. Die Zahl der in Europa nach den ersten 30 Tagen nach einem Angriff verfügbaren Streitkräfte sei verdoppelt worden. Amerikanische Streitkräfte in Höhe von 12 000 Mann seien zusätzlich in Europa stationiert worden, und außerdem seien 5 deutsche Brigaden zusätzlich für die Vorwärtsverteidigung verfügbar, ebenso ein Drittel der britischen Rheinarmee. Bei geringfügiger Verbesserung der Transportmöglichkeiten zu Luft und zu Wasser könnten diese Streitkräfte verdoppelt werden.

Die Mindestvorwarnzeit betrage 48 Stunden, gab General *Haig* auf eine Frage des dänischen Abg. *Arentoft* bekannt. Aber selbst bei einem schlagartigen Angriff sei eine Vorwarnzeit von 7 bis 14 Tagen wahrscheinlich.

Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) fragte, wie General Haig sowjetische Versicherun-

gen bewerte, daß die Sowjets keine Überlegenheit der Streitkräfte, sondern einfache Parität wünschten. Er erkundigte sich nach der Ansicht des Generals über die Reserven, die Sowjetrußland zur Verfügung stünden, aber nicht in die Wiener Verhandlungen eingeführt worden seien. General *Haig* antwortete, die militärische Leitung der Sowjetunion habe immer — damit die militärische Stärke nicht beeinträchtigt würde — das Prinzip der Parität unterstützt. Daten müßten ehrlich ausgetauscht werden. Die Zahl der Reserven, die Sowjetrußland zur Verfügung stünden, könne nicht genau geschätzt werden.

General *Haig* hielt es nicht für ratsam, auf die von dem französischen Abg. *Marcus* aufgeworfene Frage der Spannungen zwischen Rumänien und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten einzugehen. Er wolle nicht zu inneren Angelegenheiten eines Landes Stellung nehmen, ob es im Westen oder Osten liege.

Abg. *Blumenfeld* (Bundesrepublik Deutschland) fragte, ob General Haig zu der Frage der Schaffung von „grauen Zonen" zwischen Ost und West Stellung nehmen wolle, die vor kurzem bei der Konferenz der Warschauer Paktes erwähnt worden seien. General *Haig* antwortete, der Warschauer Pakt habe seine atomare Bewaffnung erheblich verbessert und habe sie näher an die Grenze zwischen Ost und West verlegt. Diese neuen Waffen seien wirkungsvoller als ihre Vorgänger; möglicherweise würden atomare Sprengköpfe für konventionelle Artillerie entwickelt werden. Auch die Bedrohung aus der Luft habe sich erhöht. Später würden Flugzeuge zweifellos durch Flugkörper ersetzt. Die Entwicklung all dieser neuen Waffensysteme durch den Osten lasse keine Selbstzufriedenheit des Westens zu.

General *Haig* bejahte die Frage des portugiesischen Abg. *do Amaral Nunes,* ob Portugal seine militärische Kapazität verstärken solle. Die Vereinigten Staaten hätten bei der Aufstellung einer portugiesischen Brigade geholfen; die portugiesische Regierung habe selbst eine Lufttransportkapazität zur Verfügung gestellt. In bezug auf die portugiesische Marine sei keine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Innerhalb der NATO müsse Portugal beim Aufbau seiner Streitkräfte Hilfe geleistet werden. Das Land könne eine wichtige geopolitische Rolle in der sich entwickelnden strategischen Situation spielen.

Die Frage der Abg. *Frau Holt* (Kanada), ob der Westen China als ein Gegengewicht zu Rußland aufbauen solle, wurde von General *Haig* nur im Hinblick auf die militärischen Aspekte beantwortet. Die chinesische militärische Kapazität sei sehr begrenzt, abgesehen von den großen Menschenreserven, die das Land besitze.

Der französische Abg. *Daillet* fragte, ob General Haig eine Verbesserung der Mobilität der Streitkräfte der Verbündeten auf dem europäischen Kontinent für wünschenswert halte, ob wirklich Antipanzerhubschrauber die beste Antwort auf Panzer seien und ob die vorgesehene Zahl von 21 Hubschraubern nicht sehr gering sei. General *Haig* antwortete, daß er die Entwicklung einer Luftbrücke zwischen zwei Einsatzgebieten für wünschenswert halte und daß die Schaffung einer Antipanzerhubschrauberkapazität Priorität verdiene. Er freue sich darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland die Aufstellung einer Hubschrauberkompanie in jedem Korps plane und daß Großbritannien und andere Länder ihre Kapazitäten auf diesem Gebiet verbesserten.

VI.

Die Versammlung hatte für die Tagung des Plenums in Lissabon das folgende neue Verfahren beschlossen: Vortrag und Erörterung der Ausschußberichte entfallen. Nach kurzen Berichten der Ausschußvorsitzenden, einer gestrafften Aussprache über die Ausschußempfehlungen sowie der Billigung des Haushalts für das kommende Jahr und der Wahlen am ersten Tag steht der zweite Tag für eine allgemeine Plenardebatte über aktuelle politische Probleme zur Verfügung (Die bei der Tagung in Lissabon erörterten Themen s. S. 8 bis 10).

Bei Einführung des *Politischen Berichts* hoben der Vorsitzende, Abg. *Burton* (USA), und der Generalberichtserstatter, Abg. *Dr. Corterier* (Bundesrepublik Deutschland), besonders die Arbeit des von Abg. *Mattick* (Bundesrepublik Deutschland) geleiteten Unterausschusses für Entspannung hervor und wiesen darauf hin, daß sich ein neuer Unterausschuß mit den Bündnisproblemen im Zusammenhang mit der Zypern-Frage befassen werde. Der Entschließungsantrag über Südafrika sei vom Redaktionsausschuß nicht an die Versammlung überwiesen worden. Daraufhin gab eine Reihe von Mitgliedern der Versammlung dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß Art. 30 der Geschäftsordnung, der den Redaktionsausschuß hierzu bevollmächtige, geändert werden müsse.

In der Debatte über die vom Politischen Ausschuß vorgelegten Entschließungsentwürfe äußerte sich Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland), der die Meinung vertrat, daß die Mitglieder des Bündnisses den politischen Kriterien des Warschauer Paktes zu wenig Beachtung schenkten. Kennzeichnend für die Einstellung sowohl des kaiserlichen als auch des sowjetischen Rußlands sei die Tatsache, daß seine Streitkräfte nicht nur für die Verteidigung eingesetzt würden, sondern auch zur Unterdrückung der Bevölkerung und zur Einschüchterung anderer Länder. Abg. *Blumenfeld* (Bundesrepublik Deutschland) bemerkte zu der Frage, der Nichtüberweisung der Südafrika-Entschließung, daß die Versammlung nicht willkürlich Angelegenheiten diskutieren könne, die außerhalb der NATO-Kompetenz lägen. Hinsichtlich des atlantischen Instituts für internationale Angelegenheiten (Entschließung 305) macht er Bedenken geltend; das Leitungsgremium müsse so zusammengesetzt sein, daß es *alle* Standpunkte des Bündnisses widerspiegele. Er befürchtet, daß bei der derzeitigen Konstruktion des Instituts Zeit verschwendet werde. Dagegen sprach sich Abg. *Dr. Corterier,* Generalberichterstatter, für die Unterstützung des Projekts aus. Wegen einer gewissen Begrenzung des Projekts und wegen der Kosten bezögen sich die Studien des Instituts nur auf einige Länder des Bündnis-

ses, die jedoch repräsentativ für das ganze Bündnis seien.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technik, Abg. *Rose* (USA), wies auf die vier Hauptgebiete hin, mit denen sich der Ausschuß befaßt habe: Grenzüberschreitende Verschmutzung, Technologietransfer, Zusammenarbeit zwischen den USA und Westeuropa und Konferenz zum 20jährigen Bestehen des NATO-Wissenschaftsausschusses. Er kündigte an, daß der Ausschuß im nächsten Jahr einen Bericht über genetische Manipulation vorlegen werde. Der Generalberichterstatter, Abg. *Watson* (Kanada), wies darauf hin, daß die jetzt über die Ozeane zur Verfügung stehenden Daten praktisch angewendet werden sollten. Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) stimmte den Ausführungen des französischen Abg. Daillet uneingeschränkt zu, der darauf hingewiesen hatte, daß die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit dazu beitragen könnte, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern, weil sie die Sowjetunion und ihre Verbündeten an der Entspannung interessiere. Die Zusammenarbeit zwischen dem Westen und China müsse im gleichen Rahmen gesehen werden. Die Zusammenarbeit mit China bringe beiden Seiten Vorteile. Sowjetische Versuche, Druck auszuüben, sollten den Westen nicht davon abhalten, mit China zusammenzuarbeiten.

Abg. *Lange* (Bundesrepublik Deutschland), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, führte aus, daß die Prüfung der wirtschaftlichen Situation der OECD-Staaten, des Standes des Ost-West-Handels, der Energiesituation innerhalb der OECD und der Währungssituation ergeben hätten, daß die militärische Sicherheit in einem sehr engen Zusammenhang zu der wirtschaftlichen Sicherheit stehe. Artikel 2 des NATO-Vertrags sei nach Meinung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses von grundlegender Bedeutung. Der Generalberichterstatter, Abg. *Wiggin* (Großbritannien), erwähnte, daß in seinem nächsten Bericht die Beziehungen mit China ausführlich behandelt würden. Ein Entschließungsantrag über dieses Thema habe keine Mehrheit innerhalb des Ausschusses gefunden. In der Debatte der Entschließungsanträge kam in mehreren Diskussionsbeiträgen, so von Senator *Javits* (USA) und *Lord Wynne-Jones* (Großbritannien), die Meinung zum Ausdruck, daß die Stärke des Bündnisses von seiner wirtschaftlichen Solidität abhänge. Abg. *Dr. Kunz* (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß bei den Schlußfolgerungen des Entschließungsantrags über die Sicherheit der Versorgung mit nuklearem Brennstoff eine Priorität gesetzt werden müsse; die beiden in den Schlußfolgerungen erwähnten Probleme seien nicht gleichen Rangs. Dagegen vertrat der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. *Lange* (Bundesrepublik Deutschland), die Meinung, daß die beiden Fragen absolut gleichwertig seien.

Für den Ausschuß für Erziehung, Kultur und Information führte dessen Vorsitzender, Abg. *Stewart* (Kanada), die vom Ausschuß beschlossenen Anträge ein. Die Verteidigung der Menschenrechte, die Aufrechterhaltung der Demokratie angesichts solcher Probleme wie Terrorismus und Freiheit der Information sowie die Notwendigkeit besserer politischer Information und Erziehung seien die Themen gewesen, die im Mittelpunkt der Ausschußberatungen gestanden hätten. Der von Abg. *Dr. Geßner* (Bundesrepublik Deutschland) geleitete Unterausschuß für Freien Informationsfluß habe viermal getagt; er sei der Meinung, daß die Politiker die bei der Ausführung der Schlußakte von Helsinki entstehenden Probleme beim Namen nennen sollten. Der Unterausschuß werde im kommenden Jahr seine Arbeit fortsetzen und weiter das Vierteljahres-Bulletin herausgeben, in dem über den Stand der Menschenrechte in den kommunistisch beherrschten Länder berichtet werde. Im Februar nächsten Jahres sei ein Besuch in München geplant, wo Radio Free Europe und Radio Liberty besucht werden sollten. Der Generalberichterstatter, Abg. *Gontikas* (Griechenland), betonte besonders die Notwendigkeit, die Freiheit der Information auszudehnen. Abg. *Dr. Geßner* (Bundesrepublik Deutschland) wies als Vorsitzender des genannten Unterausschusses insbesondere auf das Bulletin hin und bat die Mitglieder der Versammlung um Beiträge. Die Freiheit der Information sei angesichts eines einschlägigen UNESCO-Vorschlags von besonderer Bedeutung; wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wäre die Freiheit der Presse untergraben oder abgeschafft worden.

Abg. *Wall* (Großbritannien) berichtete als Vorsitzender des Militärausschusses über dessen Tätigkeit. Er ging besonders auf die Arbeit der beiden Unterausschüsse — über die Verteidigungszusammenarbeit, geleitet von Abg. Damm (Bundesrepublik Deutschland), und über die Nordflanke — ein und betonte, daß der Bericht, den Abg. *de Vries* (Niederlande) als Generalberichterstatter vorgelegt habe, ausschließlich die Meinung des Berichterstatters darstelle, von der der Ausschuß Kenntnis genommen habe. Abg. *Marcus* (Frankreich) brachte die französischen Bedenken gegen die MBFR-Verhandlungen zum Ausdruck, da sie unabsehbare militärische und politische Risiken für ganz Europa mit sich brächten. Abg. *Damm* (Bundesrepublik Deutschland) sah sich nicht in der Lage, diese Haltung zu unterstützen, betonte jedoch, daß Wachsamkeit auf dem Gebiet der MBFR notwendig sei. In der Entschließung über die Militärhilfe an Griechenland und die Türkei, deren Verfasser er sei, sei auf Antrag der amerikanischen Delegation Zypern eingefügt worden. Griechenland, die Türkei und auch Portugal seien in derselben wirtschaftlichen Situation, und es sei die Pflicht der anderen Mitglieder des Bündnisses, ihnen bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte zu helfen. Abg. *Pawelczyk* (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, die MBFR-Verhandlungen seien ein wesentlicher Bestandteil einer jeden Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik widme der Zentralregion Europas mehr Aufmerksamkeit, weil es in keinem anderen Teil der Welt eine solche Konzentration von Streitkräften gebe. Wenn sie verringert werden könnten, würde die Sicherheit Zentraleuropas vergrößert werden. Deshalb solle ein Versuch in dieser

Richtung gemacht werden, auch wenn keine Erfolgsgarantie gegeben sei. Natürlich dürfe der Westen nicht einseitig seine Kräfte herabsetzen; die Warschauer-Pakt-Staaten dürften keinen Zweifel an der Fähigkeit und Entschlossenheit des Westens zu seiner Verteidigung hegen. Aufmerksamkeit müsse auch nicht nur den quantitativen, sondern auch den qualitativen Aspekten der Reduzierung geschenkt werden. Auf keinen Fall dürften Vereinfachungen ins Auge gefaßt werden, die dazu führten, daß sich die Warschauer-Pakt-Staaten in Angelegenheiten der NATO-Staaten einmischten. Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß sich Osten und Westen niemals über die genaue Bedeutung des Begriffs Entspannung verständigt hätten. Er hoffe, daß eine Begriffsbestimmung gefunden werden könne, die einen Bezug zu den Menschenrechten enthalte. Ziffer 2 der MBFR-Entschließung stehe nicht im Einklang mit dem Gesamttenor. Dagegen stimme er Ziffer 1 ohne Einschränkungen zu.

Der Haushalt der Versammlung in Höhe von 38 Millionen belgischen Francs wurde einstimmig verabschiedet. Der Schatzmeister, Abg. *Langlois* (Kanada), hob hervor, daß die Erhöhung um 4,5 % weniger als die Inflationsrate in Belgien ausmache.

Das Präsidium der Versammlung wird neu gewählt. Die Versammlung bestimmte durch Akklamation Abg. Paul *Thyness* (Norwegen) zum neuen Präsidenten für das Jahr 1978/79, Abg. *Sir Geoffrey de Freitas* (Großbritannien), Abg. *Brooks* (USA), Abg. *Blumenfeld* (Bundesrepublik Deutschland) wurden zu Vizepräsidenten und Abg. *Langlois* (Kanada) wieder zum Schatzmeister gewählt.

Am zweiten Sitzungstag fand die Aussprache über die vom Ständigen Ausschuß vorgeschlagenen Themen statt. An der Diskussion des ersten Themas

Die politische und die militärische Situation der Südflanke des Bündnisses, insbesondere unter Berücksichtigung der Probleme der Iberischen Halbinsel

nahmen keine Mitglieder der deutschen Delegation teil.

In der Diskussion über das zweite Thema

Die von der Sowjetunion durch politische Interventionen und durch weiter anwachsende militärische Anstrengungen hervorgerufene Situation und die Möglichkeiten des Bündnisses, dieser Situation zu begegnen (langfristige Programme, technische Entwicklungen, Konsolidierung der Truppen des Bündnisses)

erklärte Abg. *Dr. Corterier* (Bundesrepublik Deutschland), während der Westen politisch und wirtschaftlich der Sowjetunion weit überlegen sei, habe die Sowjetunion militärisch auf einigen Gebieten Gleichstand, ja sogar Überlegenheit erreicht; die in die Zukunft weisenden Trends seien um so mehr besorgniserregend, als die militärische Expansion in einer Periode der Entspannung erfolge. Die Sowjetunion suche auch bei den Lösungen der Probleme der nachkolonialen Gesellschaft in Afrika ihren Vorteil zu wahren, so in Rhodesien und Namibia, wo es ihr helfe, daß die weißen Minderheitsregime den Völkern die demokratischen Rechte vorenthielten. Der Westen könne der sowjetischen Intervention in Afrika nicht durch eigene Intervention begegnen; er müsse die Unabhängigkeit der afrikanischen Völker unterstützen und für die Stärkung der Organisation für afrikanische Einheit eintreten. In einer 1972 unterzeichneten Prinzipienerklärung hätten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einer „zurückhaltenden Einstellung" zugestimmt. Diese Prinzipien bedürften der Klärung und sollten auf die Gebiete angewandt werden, die nun eine Quelle der Ost-West-Spannung seien. Die Sowjetunion müsse davon überzeugt werden, daß einige Formen ihrer Haltung so nachteilig für die Entspannung seien, daß sie nicht weiter verfolgt werden könnten. Ein solches Gebiet sei die Rüstungskontrolle. Alle Regierungen des Bündnisses sollten ohne Einschränkungen Verhandlungen wie SALT und MBFR sowie die Abrüstungsgespräche in Genf unterstützen. Wenn das Bündnis über die wachsende Stärke der Sowjetunion und die Möglichkeit einer Intervention besorgt sei, müsse es sich für mehr Entspannung einsetzen. Verteidigung und Entspannung müßte innerhalb des Bündnisses gleiches Gewicht gegeben werden.

Ministerpräsident *Dr. Strauß* gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Deutsche Bundestag die Versammlung im nächsten Jahr nach Deutschland einladen möge. Bayern würde sich glücklich schätzen, die Versammlung in München begrüßen zu können. — General Haig habe mit Recht betont, daß sich das Bündnis aus psychologischen, politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärstrategischen Gründen in einer schwierigen Lage befinde. Die Mitte Europas müsse als besonders empfindlich angesehen werden. Positive Zeichen gebe es aber im Mittelmeerraum. Auf einen Erfolg der Bemühungen Sadats und Begins könne gehofft werden. Die Differenz zwischen Griechenland und der Türkei könnte geregelt werden, wenn die wirtschaftlichen Fragen entsprechend berücksichtigt würden und die Türkei darauf verzichte, sich nach anderen Verbündeten umzusehen. In der Zypernfrage müsse den Interessen der Völker mehr Rechnung getragen werden als den Interessen der Staaten. Es sei notwendig, die Einheit des Bündnisses durch den Beitritt Spaniens zu verstärken und Italien und Portugal bei der Modernisierung ihrer bewaffneten Streitkräfte zu helfen. Der sowjetische Expansionismus im Mittelmeerraum, der in naher Zukunft in Jugoslawien konkrete Form annehmen könne, sei eine sehr ernste Gefahr. Man müsse sich damit abfinden, daß das atomare Gleichgewicht künftig in Frage gestellt sei; die Vereinigten Staaten hätten ihre strategische Überlegenheit verloren. Die Aufrechterhaltung der Abschreckungskapazität des Westens erfordere eine Vergrößerung seines atomaren Potentials. In einer Zeit, in der die Sowjetunion alle Arten von Waffen entwickele, unternehme der Westen keine entsprechenden Anstrengungen. Die Frage sei berechtigt, ob die Anti-Atomkampagne allein in einer ökologischen Betrachtungsweise ihre Ursache habe. Dieses Problem betreffe aber eher die Politiker als die Militärs. Angesichts der Bedrohung, die die außerordentliche Militärmacht der Sowjet-

nunion für den Frieden darstelle, müsse das Bündnis immer als ein zusammenhängendes Ganzes reagieren. Die Ereignisse in Zaire hätten bewiesen, daß das Risiko eines Krieges plötzlich in entfernten und scheinbar weniger wichtigen Operationsschauplätzen auftreten könne. Tatsache sei, daß der Westen z. B. in Angola als Zweitbester abgeschnitten habe. Zehntausend Kubaner und zweitausend DDR-Soldaten stünden in Afrika. Krieg sei aber nicht unvermeidlich. Breschnew selbst habe ihm erklärt, daß er sich der katastrophalen Folgen wohl bewußt sei. Breschnew müsse verstehen, daß Entspannung ein unteilbarer Prozeß sei, der auf die ganze Welt angewendet werden müsse.

Abg. *Damm* (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß das Bündnis im Jahre 1949 gegründet worden sei, weil die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgerüstet habe und weil sie ihre Macht über die ihr zugewiesene Zone hinaus ausdehnen wollte. Weniger als zwanzig Jahre später habe das Bündnis erklärt, es wolle eine Politik der Entspannung verfolgen, und habe in dieser Beziehung der Sowjetunion Angebote gemacht. General Haig habe dargelegt, daß die Sowjetunion seit zehn Jahren nichts als Aufrüstung betrieben habe. Es frage sich, ob man davon sprechen könne, daß die Politik der Entspannung erfolgreich gewesen sei. Es werde behauptet, daß man nicht nur die militärische Lage betrachten dürfe, sondern man müsse auch die Überlegenheit des Westens auf technischem, politischem und sozialem Gebiet berücksichtigen. In den dreißiger Jahren sei der Westen in dieser Beziehung dem „Dritten Reich" überlegen gewesen, das jedoch dadurch nicht davon abgehalten worden sei, dank seiner militärischen Überlegenheit Europa für lange Jahre zu beherrschen. Das militärische Potential vermehre sich auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs beständig, und die Bemühungen der NATO, dieser ständigen Aufrüstung zu begegnen, schienen nicht ausreichend koordiniert. Natürlich seien Ersparnisse in den Verteidigungshaushalten wünschenswert. Aber die Sicherheit des Westens verlange nach vergrößerten Anstrengungen auf diesem Gebiet. Sicher hätten Verteidigung und Entspannung gleiches Gewicht; aber wenn die Entspannung nicht ausreichende Fortschritte mache, müßten die Verteidigungsanstrengungen erhöht werden.

Abg. *Blumenfeld* (Bundesrepublik Deutschland) nahm Bezug auf das Abschlußkommuniqué der NATO-Regierungschefs in London vom Jahre 1977, wo das Prinzip der Zweibahnstraße innerhalb des Bündnisses festgelegt worden sei, um eine starke Technologie insbesondere auf dem Gebiet der Rüstung zu gewährleisten. Große Hoffnungen seien auch auf die unabhängige europäische Programmgruppe gesetzt worden, die die Aufgabe habe, der europäischen Rüstungsindustrie einen vernünftigen Anteil am amerikanischen Rüstungsmarkt zu verschaffen. Bemerkenswerte Ergebnisse seien jedoch auf diesem Gebiet noch nicht erzielt worden. Abg. Blumenfeld erinnerte an die Entschließung des Europäischen Parlaments vom Juni 1978, in der die Kommission aufgefordert worden sei, dem Ministerrat ein Entwicklungs- und Produktionsprogramm auf dem Gebiet der Rüstung vorzulegen. Die Kommission habe diese Initiative gutgeheißen. Ein einziger Markt für die Rüstung sei für die Entwicklung der europäischen Rüstungsindustrie von Bedeutung. Die Nordatlantische Versammlung sollte diese Initiative des Europäischen Parlaments unterstützen.

Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) erinnerte daran, daß das deutsche Volk die Erfahrung eines totalitären Regimes gemacht habe und deshalb die Bedeutung einer Organisation ermessen könne, die auf dem gemeinsamen Besten freier Nationen basiere. Weil das Bündnis eine moralische Basis habe, könne es niemals im Gegensatz zu den Interessen des deutschen Volkes stehen.

Die Aussprache über das dritte Thema

Wirtschaftliche Probleme, durch die die Beziehungen zwischen den USA und den übrigen Mitgliedstaaten des Bündnisses beeinflußt werden, insbesondere unter Berücksichtigung des Bereichs Energiepolitik

mußte abgesagt werden, da der größte Teil der amerikanischen Delegation wegen wichtiger Abstimmungen im Kongress bereits abgereist war.

In die Diskussion des vierten Themas

Probleme, die sich aus den verschiedenen Verhandlungen über die Begrenzung und Kontrolle der Bewaffnungen ergeben, insbesondere im Hinblick auf das Ost-West-Gleichgewicht

führte Abg. *Dr. Corterier* (Bundesrepublik Deutschland) als Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses ein. Er wies auf die Befürchtungen der Mehrheit des Ausschusses hin, daß die Einführung von in Europa stationierten taktischen Atomwaffen in SALT II das ganze Abkommen in Frage stellen könne. Die Entschließung spiegele die allgemeine Übereinstimmung innerhalb des Ausschusses wieder.

Abg. *Dr. Mertes* (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, die Verhandlungen zwischen Ost und West würden dadurch schwierig, daß beide die gleichen Worte gebrauchten, aber Verschiedenes damit meinten. Sowjetrußland setze die militärische Stärke als ein Instrument der politischen Nötigung und Erpressung ein. Bei den MBFR-Verhandlungen sei die russische Absicht leicht zu erkennen: die Sowjetunion wünsche vom Westen eine formelle Anerkennung ihrer militärischen Stärke in den an die Sowjetunion angrenzenden Ländern. Der Westen habe sich über die Zustimmung der Sowjetunion zu der Idee der Parität gefreut. Aber es sei nicht klar, was dieser Begriff politisch, über seinen militärischen Inhalt hinaus, einbegreife. Es scheine, daß die Sowjetunion in Wien einen Schritt auf den Westen zu gemacht habe, aber die Positionen seien hinsichtlich der Kapazität noch sehr verschieden. Die militärisch bedeutsamen paramilitärischen Streitkräfte der DDR seien nicht in die MBFR-Verhandlungen einbezogen worden. Es dürfe keine Mißverständnisse über die Begriffe Parität und Stabilität geben. Verbale Zugeständnisse der Sowjetunion änderten in keiner Weise die dynamische

Natur der Politik dieses Landes. Was bisher erreicht worden sei, könne nicht als positiv bezeichnet werden.

Abg. *Pawelczyk* (Bundesrepublik Deutschland) vertrat die Anschauung, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig über eine ausreichende Nuklearmacht verfügten, um der Sowjetunion zu begegnen. Er zweifle nicht an der Festigkeit des Engagements der Vereinigten Staaten in Europa. Wenn ein SALT II-Abkommen auf der Grundlage der gegenwärtigen Erwartungen erzielt werde, wäre auch danach Europa in der Lage, sich mit geeigneten Waffen — z. B. taktischen Atomwaffen — auszurüsten, die seine Verteidigung sicherstellten. Europa werde dann nicht zu einem Subjekt der sowjetischen Erpressung. Bei einem Scheitern der SALT-Verhandlungen würden andere Länder versuchen, Atomwaffen zu erhalten, die sehr viel schwieriger zu kontrollieren sein würden. Die SALT-Verhandlungen seien das geringere von zwei Übeln, nur ihr erfolgreicher Abschluß ermögliche die Kontrolle der grauen Zonen, deren unkontrollierte Entwicklung die eigentliche Gefahr für Europa sei. Der erfolgreiche Abschluß von SALT II sei auch eine Vorbedingung für den Abschluß der MBFR-Verhandlungen. Die Bundesregierung sei für den Abschluß eines SALT II-Abkommens; sie treffe daher Vorbereitungen für ein SALT III-Abkommen, bei dem die Europäer eine gemeinsame Front einnehmen sollten.

Abg. *Blumenfeld* (Bundesrepublik Deutschland) bezog sich auf Ausführungen der Senatoren Jackson, Javits und Pell. (Senator Jackson hatte sich wegen der zu befürchtenden Disparität gegen den Abschluß von SALT II ausgesprochen, während Javits und Pell dafür eingetreten waren. Von den sieben anwesenden amerikanischen Senatoren waren vier für den Abschluß, drei dagegen.) Er stimme mit den Ausführungen von Senator Jackson überein. Zu entscheiden hätten die Vereinigten Staaten, aber die Folgen für die Sicherheit Europas müßten bedacht werden. Das Gebiet, für das die NATO verantwortlich sei, bilde vom militärischen und politischen Standpunkt aus gesehen ein Ganzes. Die Europäer sollten sehr fest in bezug auf diese grundlegende Tatsache bleiben. Er sprach sich für die Annahme der Entschließung des Ausschusses aus.

Abg. *Damm* (Bundesrepublik Deutschland) wandte sich gegen die Ausführungen des britischen Abgeordneten Williams, der gesagt habe, das Argument des Senators Jackson, SALT II schade den europäischen Interessen, sei unverantwortlich. Die Frage sei nicht, ob Europa auf die Vereinigten Staaten zählen könne, sondern ob Europa der Sowjetunion trauen könne. Er habe in dieser Hinsicht stärkste Zweifel. Es sei nicht Sache der Europäer, für die Amerikaner zu entscheiden, wie die SALT-Gespräche geführt werden sollten; aber sie könnten ihre tiefe Besorgnis über die Art und Weise ausdrücken, wie die Sowjetunion das Ergebnis der Verhandlungen interpretieren werde. Er forderte die Amerikaner auf, auf die genaueste Interpretation der bereits unterzeichneten Abkommen zu achten und jede zukünftige Wendung der Gespräche aufmerksam zu verfolgen — dies sei der Tenor der Entschließung. Die Haltung jener Europäer, die lange Zeit eine geeignete Waffe gegen die Sowjetunion gefordert hätten und nun die Neutronenbombe ablehnten, sei unlogisch. Er hoffe, die Vereinigten Staaten würden die Verhandlungen mit Vorsicht führen und nicht zu Ergebnissen gelangen, die zuungunsten des Westens interpretiert werden könnten.

Die Ausschüsse der Versammlung werden vom 26. bis 28. Mai 1979 in Oslo tagen; die nächste Jahreskonferenz wird vom 22. bis 28. Oktober 1979 in Ottawa stattfinden.

Bonn, 2. Februar 1979

Helmut Fröhlich	**Dr. Richard Jaeger**
Stellvertretender Leiter der Delegation	Leiter der Delegation

VII.

Empfehlung 64

Politische Information und Erziehung

Die Versammlung

erinnert daran, daß Artikel 2 des Nordatlantikvertrages die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zum Ausdruck bringt, ein besseres Verständnis für die Grundsätze, auf denen die westliche Zivilisation beruht, zu wecken, und die Erhaltung dieser Zivilisationsform zu gewährleisten;

räumt ein, daß unser gemeinsames Erbe nur gesichert werden kann, wenn sich unsere Völker vollkommen der Werte, auf die sich ihre Gesellschaften stützen, und der Notwendigkeit bewußt sind, diese gegen äußere und innere Gefahren zu verteidigen;

ist sich der vorrangigen Aufgabe von Parlamentariern bewußt, Hüter der Demokratie zu sein;

beobachtet in der Öffentlichkeit der Mitgliedsländer des Bündnisses viel Unwissenheit über zeitge-

schichtliche politische Realitäten und zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber dem öffentlichen Leben und der Verteidigung der demokratischen Ordnung;

ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Bürger vollständigere und ausgewogenere Informationen über die mit der Verteidigung demokratischer Systeme zusammenhängenden Probleme erhalten müssen und daß jungen Menschen ein sachlicher Einblick in nationale und internationale Probleme gewährt werden muß, um sie dadurch zu befähigen, sich in vollem Umfang an der Verteidigung ihrer Zukunft zu beteiligen;

stellt fest, daß eine politische Erziehung im allgemeinen in den klassischen Lehrplänen der Mitgliedstaaten nicht vorgesehen ist;

ist sich der Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe bewußt, ist jedoch davon überzeugt, daß jedes Mitgliedsland geeignete Maßnahmen auf nationaler Grundlage erwägen kann;

begrüßt die in einigen Mitgliedstaaten von offiziell unterstützten spezialisierten Gruppen bereits unternommenen Schritte, die politische Erziehung von jungen Menschen und Lehrern zu fördern;

Empfiehlt, daß der Nordatlantikrat:

1. durch Einladung von Spezialisten aus jedem Mitgliedsland zur Zusammenarbeit mit dem NATO-Ausschuß für Information und kulturelle Beziehungen in enger Zusammenarbeit mit der Versammlung und anderen geeigneten atlantischen Organisationen aktive Beratungen über Informations- und Erziehungsfragen organisieren sollte;
2. die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten auf die gegenwärtigen Mängel in der geistigen und moralischen Verteidigung der westlichen Welt sowie auf die Notwendigkeit lenken sollte, die kulturelle Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses von neuem zu stärken und sie zu diesem Zweck zu einer gemeinsamen Beratung dieser Frage auf politischer Ebene und zur Überprüfung ihrer Informations- und Erziehungsprogramme einlädt;
3. die auf diesem Gebiet tätigen Gruppen und Institutionen insbesondere durch die Bereitstellung von Informations- und Dokumentationsmaterial sowie technischen Mitteln zur Erleichterung ihrer Arbeit unterstützen und koordinieren sollte.

Empfehlung 65

Menschenrechte

Die Versammlung

ist der Ansicht, daß die andauernden KSZE-Aktivitäten ein nützliches Instrument für die Ost-West-Zusammenarbeit sind, wenn auch die erste KSZE-Folgekonferenz in Belgrad gezeigt hat, daß nicht alle Vereinbarungen, insbesondere diejenigen, die die Durchführung der Menschenrechte betreffen, erfüllt worden sind;

räumt ein, daß trotz Schwankungen im Entspannungsprozeß positive Ergebnisse auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte und der Familienzusammenführung erzielt worden sind;

ist der Ansicht, daß die Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses im Rahmen ihrer Entspannungspolitik auf der Durchführung der KSZE-Schlußakte in all ihren Punkten bestehen sollten;

erinnert an ihre auf der 23. Jahrestagung angenommene Entschließung Nr. 68:

Empfiehlt, daß der Nordatlantikrat

1. die für 1980 in Madrid geplante zweite KSZE-Folgekonferenz sorgfältig vorbereitet, um konkrete Vereinbarungen für die Erweiterung der Ost-West-Zusammenarbeit auf allen Gebieten, insbesondere im humanitären und kulturellen Bereich, aber auch bezüglich des Austauschs von Informationen und der Berichterstattung zu erzielen;
2. die Verwirklichung der Menschenrechte als ein rechtmäßiges Anliegen der internationalen Gemeinschaft betrachtet;
3. regelmäßig prüft, ob in jedem Unterzeichnerstaat die Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte in allen Bereichen durchgeführt werden;
4. die durch die KSZE-Schlußakte gebotenen Möglichkeiten voll nutzt und durch eine innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses breit angelegte Zusammenarbeit und Konsultation die Durchführung ihrer Bestimmungen fördert, damit für Madrid eine gemeinsame Position der Bündnispartner erreicht wird;
5. die Mitgliedstaaten eindringlich auffordert, auch andere kompetente internationale Organisationen sowie die Regierungen von neutralen und Warschauer-Pakt-Staaten zu konsultieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Empfehlung 66

MBFR-Verhandlungen

Die Versammlung

ist überzeugt, daß die Sicherheit der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses von einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit und einer Entspannungspolitik abhängt und daß die Verhandlungen über Rüstungskontrolle einen wesentlichen Bestandteil der Entspannungspolitik darstellen;

vermerkt, daß die Verhandlungen über Rüstungskontrolle Beschränkungen hinsichtlich qualitativer Verbesserungen einbeziehen müssen, um das technologische Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen;

erkennt an, daß bei den Wiener Verhandlungen Fortschritte erzielt worden sind und daß die MBFR-Initiative der NATO vom 19. April 1978 und die Reaktionen des Warschauer Paktes vom 8. Juni 1978 die Aussichten auf den Abschluß eines ersten Abkommens verbessert haben;

betont, daß ein erstes Abkommen den Grundstein für künftige Verhandlungen und für weitere Stabilisierungsmaßnahmen legen würde;

empfiehlt dem Nordatlantikrat:

1. nach der Unterzeichnung eines SALT II-Abkommens den MBFR-Verhandlungen höhere Priorität einzuräumen, damit möglichst bald ein Abkommen auf der Grundlage der Parität und Kollektivität erzielt werden kann;
2. sicherzustellen, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen, die in der Schlußakte von Helsinki im Hinblick auf den MBFR-Reduzierungsbereich aufgeführt sind, zur Pflicht gemacht werden, und daß zusätzliche Maßnahmen wie z. B. die vorherige Ankündigung größerer militärischer Bewegungen vereinbart werden;
3. sicherzustellen, daß diejenigen Kernwaffensysteme, die zuvor nicht Gegenstand der SALT- oder der MBFR-Verhandlungen waren, in künftige Verhandlungen einbezogen werden und daß die Sicherheitsinteressen aller NATO-Staaten in vollem Umfang gewahrt werden.

Empfehlung 67

Auswirkung der Spitzentechnologie auf die Verwaltung der Meeresressourcen

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß mehrere Nationen ihre Zuständigkeit für den Fischfang auf 200 Seemeilen von der Küste her ausgedehnt haben; daß einige Nationen im Zuge der fortschreitenden Diskussionen über das Seerecht eine Ausdehnung ihrer Befugnisse für andere Aktivitäten auf eine ähnliche Entfernung von der Küste erwägen werden; und daß eine bestimmte Form eines internationalen Verwaltungssystems für mehr als 200 Seemeilen von der Küste entfernte Ozeangebiete errichtet werden kann;

vermerkt, daß die Entwicklung der Satellitenüberwachungstechnologie den Menschen zusammen mit den Fortschritten bei den luft-, schiff- und bojengestützten Meeressensorsystemen die Fähigkeit gegeben hat, eine große Vielfalt von Daten über die Umwelt und die Aktivitäten des Menschen zu sammeln;

ist sich bewußt, daß die Abrufsysteme für Informationen über das Meer sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene mit der Entwicklung von Sammlungssystemen für Ozeandaten nicht Schritt gehalten haben;

empfiehlt, daß der NATO-Rat unter Beteiligung von Vertretern der Mitgliedsregierungen und -parlamente sowie Sachverständigen für Seewirtschaft eine Konferenz veranstaltet, um:

1. die Erfordernisse für Ozeandaten zur Unterstützung der nationalen und internationalen Meereswirtschaftsaktivitäten zu prüfen;
2. die derzeitige und potentielle Kapazität der Technologie zur Erfüllung solcher Erfordernisse abzuschätzen;
3. die relativen Vorteile der nationalen gegenüber der multinationalen Verwaltung und Kontrolle dieser Technologien bei der Anwendung auf die Ozeanwirtschaft abzuwägen; und
4. dem NATO-Rat innerhalb eines Jahres nach Veranstaltung der ersten Konferenz Empfehlungen über die Entwicklung und Verwaltung der Technologie zur Unterstützung der Meereswirtschaft für die nordatlantische Region zu machen.

Empfehlung 68

Die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung für den Wissenschaftsausschuß der NATO

Die Versammlung

beglückwünscht den Wissenschaftsausschuß der NATO zu seiner anhaltenden Unterstützung der internationalen wissenschaftlichen Tätigkeit und insbesondere zu seinen Bemühungen um die Organisation bedeutender Austauschprogramme unter Einbeziehung jünger Wissenschaftler;

ist jedoch besorgt darüber, daß die Regierungen des Atlantischen Bündnisses es versäumt haben, ihre finanziellen Beiträge zum Wissenschaftsprogramm der NATO über den Satz hinaus, der lediglich zur Deckung der steigenden Kosten erforderlich ist, zu erhöhen, um mit der Inflation Schritt zu halten;

betont die Notwendigkeit, besondere Aufmerksamkeit auf die derzeitigen Bedürfnisse Portugals und einiger anderer Bündnisländer einschließlich Griechenland und der Türkei zu verwenden, um sicherzustellen, daß sie zunehmende Unterstützung aus dem Wissenschaftsprogramm der NATO und insbesondere für das Stipendienprogramm erhalten, das auf ihre Bedürfnisse und die Tatsache abgestimmt ist, daß sie verglichen mit den wissenschaftlich fortgeschritteneren Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses durch die Bereitstellung unverhältnismäßig hoher Mittel auf nationaler Ebene Schaden erlitten haben;

empfhiehlt dem NATO-Rat

1. die Mittelausstattung des Wissenschaftsprogramms der NATO neu festzulegen, um sicherzustellen, daß das Programm in ausgedehntem Maß entwickelt werden und in größerem Umfang zu den wissenschaftlichen Erfordernissen der Mitglieder beitragen kann; und
2. den Wissenschaftsausschuß der NATO zu ersuchen, eine Sonderstudie über die Bedürfnisse der weniger entwickelten NATO-Länder vorzubereiten, um sicherzustellen, daß sie in größerem Umfang an den Austauschprogrammen zur Förderung junger Wissenschaftler in diesen Ländern teilnehmen können.

Entschließung 76

Gemeinsame Strategie des Atlantischen Bündnisses im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung

Die Versammlung

verweist auf ihre Entschließungen 44 bis 46 über die Verbesserung der Weltwirtschaftsordnung, auf ihre Entschließung 32 über eine internationale Reform im Währungsbereich und auf ihre Entschließungen 18 und 31 über Wirtschaftshilfe unter NATO-Mitgliedsländern;

bekräftigt erneut, daß es von entscheidender Bedeutung ist, ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses sicherzustellen, um einen vergleichbaren Stand der wirtschaftlichen Entwicklung zu erzielen;

ist sich der Beziehung zwischen politischer und wirtschaftlicher Stabilität sowie der Tatsache bewußt, daß ein wirtschaftlicher Rückgang zu gesellschaftlicher und politischer Unruhe und verstärkten Aktivitäten von Extremisten führen kann;

bedauert die Differenzen zwischen den europäischen und amerikanischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses, die sich hauptsächlich aus protektionistischen Maßnahmen und Währungsproblemen ergeben haben;

berücksichtigt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Portugals, Griechenlands und der Türkei und den noch immer gewaltigen wirtschaftlichen Abstand zwischen den Ländern eines Bündnisses, das auf Solidarität und kollektiven Bemühungen aufgebaut sein sollte;

betont, daß der Welthandel ein wichtiger Faktor des westlichen Wirtschaftswachstums ist;

vermerkt, daß sich der Einkommensunterschied zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern immer noch vergrößert;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf,

1. Artikel 2 des Nordatlantikvertrages von 1949, die Empfehlungen des Dreier-Ausschusses von 1956 und die 1951 und 1974 in Ottawa abgegebenen Erklärungen des Nordatlantikrates zu erfüllen, welche alle die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses unterstreichen;
2. die wirtschaftliche Position und die internationale wirtschaftliche Integration seiner weniger begünstigten Mitglieder in Südeuropa dadurch zu verbessern, daß sie finanzielle und andere Hilfe gewähren, die nationalen Märkte für Einfuhren öffnen und die Investitionstätigkeit fördern, um in diesen Ländern neue Arbeitsplätze zu schaffen;
3. die Reform des Weltwährungssystems zu fördern, um den Welthandel und die Weltwirtschaft mit einem soliden System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse auszustatten.

Entschließung 77

Sicherheit der Versorgung mit nuklearem Brennstoff

Die Versammlung

erkennt an, daß die derzeitige Politik der Regierung der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Versorgung anderer Länder mit nuklearem Brennstoff darauf abzielt, weitere und wirksamere Maßnahmen zu schaffen, um die Weiterverbreitung der Kernwaffenkapazität zu verhindern;

erkennt die Bedeutung von Euratom für die Entwicklung der Kernenergie in Europa an;

fordert die Vereinigten Staaten und Euratom dringend auf, einen Dialog mit dem Ziel einzuleiten,

1. ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf die Gefahren der Weiterverbreitung von Kernmaterial zu verstärken; und
2. sicherzustellen, daß Euratom von den Vereinigten Staaten ständig und ununterbrochen mit nuklearem Brennstoff versorgt wird.

Entschließung 78

Kurzwellensendungen und die Internationale Rundfunkverwaltungskonferenz von 1979 (WARC-79)

Die Versammlung

stellt fest, daß die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen besagt, daß jedermann das Recht hat, „sich durch alle Medien und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben", und daß die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einen Abbau der Hindernisse für die Freizügigkeit von Personen und Gedankengut zwischen den Signatarstaaten fordert;

ist sich bewußt, daß für viele Millionen Menschen Kurzwellensendungen die Hauptquelle unzensierter Nachrichten und Informationen sind und daß dieser freie Informationsfluß für das Verständnis der Nationen untereinander unverzichtbar ist;

bedauert das unerträgliche Ausmaß der Störungen infolge der Überlastung des zur Zeit für Kurzwellensendungen zur Verfügung stehenden Radiowellenspektrums;

erinnert an die von der Versammlung im vergangenen Jahr angenommene Entschließung 67 gegen das Stören von Rundfunksendungen; und

ist der Ansicht, daß die WARC-79 die letzte internationale Konferenz in diesem Jahrhundert sein wird, die zur Neuaufteilung des Radiowellenspektrums autorisiert ist, und daß bereits Druck ausgeübt wird, um durch die Entscheidungen von WARC-79 Kurzwellensendungen einzuschränken;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. in ihre Stellungnahmen bei WARC-79 Vorschläge zur Schaffung eines ausreichenden Radiowellenspektrums für Kurzwellensendungen aufzunehmen, um den gegenwärtigen unerträglichen Überlastungsgrad zu mindern;
2. bei der WARC-79 das Recht aller Länder zu verfechten, mittels Kurzwellen ohne Störungen gehört werden zu können;
3. sich energisch gegen die Position jener Nicht-NATO-Staaten zu wenden, die den freien Informationsfluß im Kurzwellenbereich auf irgendeine Weise einschränken würden.

Entschließung 79

Informationsfreiheit

Die Versammlung

erinnert daran, daß die Presse- und Informationsfreiheit eine wesentliche und unverzichtbare Grundlage für jedes demokratische System ist;

ist der Ansicht, daß der freie Informationsfluß auch für die Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung sowie für die Förderung der Menschenrechte wesentlich ist;

ist beunruhigt durch die in der UNESCO unternommenen Versuche, die Pressefreiheit in der internationalen Gemeinschaft einzuschränken;

fordert die Mitgliedsregierungen des Bündnisses dringend auf,

1. ihre feste Opposition gegen jeden Versuch, die Freiheit der Meinungsäußerung und Information zu behindern, aufrechtzuerhalten;
2. alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Arbeitsbedingungen für Journalisten und Informationsmedien nicht nur in ihren eigenen Ländern, sondern auch in den Entwicklungsländern zu schützen und zu verbessern;
3. sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene alle Maßnahmen zu unterstützen, die dazu dienen, den öffentlichen Zugang zu Informationen und jeweils einer Reihe verschiedener Informationsquellen und -medien sicherzustellen.

Entschließung 80

Terrorismus

Die Versammlung

stellt mit Besorgnis fest, daß die kriminellen Gewalttaten und der politische Terrorismus in mehreren Mitgliedstaaten zunehmen;

stellt fest, daß Terroristen nicht nur die Sicherheit der Bürger bedrohen, sondern auch die Stabilität der demokratischen Institutionen, die sie offen herausfordern;

ist der Ansicht, daß die bestehenden Verbindungen zwischen verschiedenen Terroristengruppen, deren internationale Mobilität sowie die passive oder aktive Unterstützung, die ihnen gewisse Staaten gewähren, dem Problem eine supranationale Dimension verleihen, die eine internationale Antwort verlangt;

ist der Ansicht, daß keine demokratische Gesellschaft Erpressungen dieser Art dulden kann und daß die Regierungen der Mitgliedstaaten wirksame Schritte unternehmen müssen, um diese Bedrohung zu bekämpfen und ihre Bürger und demokratischen System zu schützen;

ist sich bewußt, daß von den Parlamenten unter keinen Umständen Maßnahmen ergriffen werden sollten, die die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht respektieren;

ist sich bewußt, daß bestimmte Regierungen die Ermutigung und Unterstützung der Terrorangriffe fortsetzen;

anerkennt die Bedeutung der bereits zwischen mehreren Mitgliedstaaten getroffenen Vereinbarungen, insbesondere der Maßnahmen gegen Luftpiraterie, und stellt fest, daß diese Maßnahmen sowohl auf die Terroristen selbst als auch auf die Staaten, die ihnen Unterschlupf gewähren, tatsächlich eine abschreckende Wirkung haben;

fordert die Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationsaustauschs, der internationalen Überwachung, der Koordinierung der Gesetzgebung und der gegenseitigen Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu erweitern;
2. die Mechanismen der Konsultierung und Zusammenarbeit innerhalb des Nordatlantikrates zu nutzen, um im Bedarfsfall Tagungen von Spezialisten zu organisieren, um gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung von Gefahren der Eskalation und von Versuchen der Organisierung krimineller Handlungen auf internationaler Ebene zu planen;
3. eine erfolgreiche Durchführung der bestehenden internationalen Vereinbarungen zu sichern und die Vereinten Nationen zu einer Konvention über Geiselnahme zu bewegen;
4. diplomatische Tätigkeiten gegenüber Regierungen, die den Terrorismus zu ermutigen und zu unterstützen scheinen, zu koordinieren und zu fördern;
5. eine gründliche Studie über die sozialen und kulturellen Hintergründe der Terrorakte auszuarbeiten, um die am besten geeigneten Vorbeugungsmaßnahmen ausfindig zu machen.

Entschließung 81

Waffenverkäufe

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß der Waffenhandel das lokale Wettrüsten häufig fördert, regionale Spannungen erhöht und die Ausgewogenheit regionaler

Kräfte gefährdet, wodurch das Risiko eines örtlich begrenzten Krieges erhöht wird;

ist überzeugt, daß der Waffenkauf durch weniger entwickelte Staaten eine tragische Verschwendung knapper Mittel ist, wodurch die Armut innerhalb der sich entwickelnden Gesellschaften verschlimmert wird;

erkennt an, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als die bedeutendsten Waffenhersteller und -lieferanten in dieser Hinsicht eine besondere Verantwortung tragen;

bedauert die Tatsache, daß der Waffenhandel ein wichtiger Faktor im Wettbewerb zwischen Ost und West geworden ist;

erkennt, daß die Herstellung und der Verkauf von Waffen einen wichtigen Bestandteil in den Volkswirtschaften mehrerer Mitgliedsländer darstellt, ist aber überzeugt, daß nunmehr ein konzertiertes und koordiniertes Vorgehen erforderlich ist, um die eskalierenden Waffenverkäufe einzudämmen;

ist überzeugt, daß die westliche Reaktion auf die gegenwärtigen Initiativen Chinas sowohl vorsichtig als auch verantwortungsbewußt sein sollte, und zwar insbesondere im Hinblick auf potentielle Waffenverkäufe, da die derzeitigen chinesisch-sowjetischen Spannungen die Ost-West-Beziehungen ungünstig beeinflussen und eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen;

vermerkt, daß es bis jetzt noch keinen westlichen Konsens über eine China-Politik gibt;

fordert die Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. auf eine größere Zusammenarbeit zwischen den Waffenlieferanten zu drängen, um die Waffenexportpolitiken insbesondere auf einer regionalen Basis zu koordienieren;
2. ihre Unterstützung für Präsident Carters Waffenexportpolitik zu bezeugen, indem sie ihre eigenen Exporte in ähnlicher Weise beschränken;
3. auf die Schaffung eines internationalen Forums für den Austausch von Informationen und Ideen auf dem Waffenmarkt und dessen Kontrolle zu drängen.

Entschließung 82

Militärhilfe an Griechenland, Portugal und die Türkei und das Zypernproblem

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die militärische Stärke Griechenlands, Portugals und der Türkei einen direkten und entscheidenden Einfluß auf die Sicherheitsinteressen des Atlantischen Bündnisses hat;

vermerkt die Schritte des Kongresses und des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Aufhebung des über die Türkei verhängten Waffenembargos;

vermerkt jedoch ferner, daß das Gesetz, demzufolge das Embargo aufgehoben wurde, fordert, daß die Militärhilfe und Waffenverkäufe der Vereinigten Staaten erst fortgesetzt werden können, wenn der Präsident dem Kongreß Anfang 1979 nachweisen kann, daß die betreffende Partei in gutem Glauben Verhandlungen im Hinblick auf eine gerechte Lösung auf Zypern geführt hat;

räumt ein, daß eine Regelung auf Zypern noch immer nicht greifbar ist;

vermerkt, daß die Bundesrepublik Deutschland sowohl Griechenland als auch der Türkei und in jüngster Zeit auch Portugal Militärhilfe gewährt;

fordert die Mitgliedsregierungen des Atlantischen Bündnisses dringend auf, die Aushandlung eines Schlußabkommens hinsichtlich des Zypernproblems zwischen den betreffenden Parteien aktiv zu fördern und zu erleichtern;

fordert die Regierungen aller europäischen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf, die Möglichkeiten zur Gewährung militärischer Hilfe gründlich zu untersuchen und Griechenland, Portugal und der Türkei diese Militärhilfe unverzüglich zu gewähren.

Entschließung 83

Rüstungskontrolle

Die Versammlung

ist besorgt, daß ein uneingeschränktes Wettrüsten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu einer weniger stabilen und gefährlicheren Welt führen würde;

ist überzeugt, daß das Scheitern eines tragbaren SALT II-Abkommens dem Entspannungsprozeß ernsthaft schaden sowie politische und militärische Instabilität und Unsicherheit verstärken würde;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich auf:

1. die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen zu unterstützen, ein SALT-Abkommen abzuschließen, das gerecht, ausgewogen und verifizierbar ist;
2. darauf zu drängen, daß in weiteren Verhandlungen versucht wird, bedeutende Verringerungen bei den strategischen Nuklearstreitkräften beider Seiten herbeizuführen;
3. darauf zu drängen, daß diese Folgeverhandlungen die in und gegen Europa dislozierten taktischen Nuklearwaffen einbeziehen.

Entschließung 84

Ost-West-Beziehungen

Die Versammlung

ist besorgt über die jüngsten Entwicklungen in Afrika, im Nahen Osten und im Iran und über den Schaden, den diese Entwicklung für den Entspannungsprozeß verursachen könnte;

ist besorgt über den Aufbau der sowjetischen Militärmacht in Europa und über die neue Dynamik der Waffentechnologie, die die Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle gefährden könnte;

ist sich der entscheidenden Bedeutung der beharrlichen Fortführung der Entspannung für die Stabilität der Ost-West-Beziehungen und für die Sicherheit der östlichen und westlichen Völker bewußt;

erkennt den Fortschritt der bei der Durchführung der Schlußakte von Helsinki erzielt worden ist, ist aber tief besorgt über die Prozesse und Urteile gegen sowjetische Menschenrechtler;

ist der Auffassung, daß es viele Bereiche gibt, in denen eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zum gegenseitigen Vorteil fortgesetzt werden kann;

räumt ein, daß die Entspannung ein langsamer und mühsamer Prozeß ist, dessen Entwicklung und Grenzen genauerer Definition und Klärung bedürfen;

ist der Auffassung, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China und eine aktive Mitwirkung Chinas am internationalen Geschehen im Interesse des Friedens und der Stabilität ist;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses auf,

1. Bemühungen um friedliche Regelungen im Nahen Osten und in Afrika zu unterstützen;
2. im Hinblick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid im Jahre 1980 gemeinsame Schritte für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten zu unterstützen;
3. auf den Abschluß von Abkommen über Rüstungskontrolle zu drängen, um ein erneutes Wettrüsten zu verhindern;
4. in den Beziehungen mit China eine Politik zu entwickeln, die mit dem Entspannungsprozeß vereinbar ist.

Entschließung 85

Maßnahmen zur Kontrolle der Meeresverschmutzung

Die Versammlung

ist besorgt über das Ausmaß des Umweltschadens, der durch den Unfall des Tankers Amoco Cadiz vor der Küste der Bretagne im März 1978 verursacht wurde;

verweist auf die Entschließung 63 der Versammlung vom November 1976, in der die Mitgliedsregierungen des Atlantischen Bündnisses dringend aufgefordert werden, „auf internationale Vorschriften für die Schiffahrtswege, die von Großraumschiffen für den Kohlenwasserstofftransport benutzt werden, hinzuwirken, um das Risiko von Unfällen und deren mögliche Folgen für die Küsten zu verringern";

bedauert, daß bisher kein Fortschritt bei der Erstellung eines international annehmbaren Verhaltenskodex für die Schiffahrt zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit ähnlicher Unfälle erzielt wurde und bedauert ferner die Unfähigkeit der Mitgliedsregierungen, in angemessener Weise zunächst einmal dem Risiko vorzubeugen, daß Öl ausläuft, und sodann den durch Ölverschmutzung verursachten Schaden zu beheben;

erkennt an, daß viele Fälle von Verschmutzung eine Folge menschlichen Versagens sind;

erkennt die Bedeutung der Arbeit der Zwischenstaatlichen beratenden Schiffahrtsorganisation, IMCO, innerhalb der Vereinten Nationen an;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf,

1. gegenüber ihren Delegationen bei der UN-Seerechtskonferenz, die im März 1979 erneut in Genf zusammentreten soll, die Notwendigkeit eines internationalen Verhaltenskodex für die Schiffahrt hervorzuheben;
2. sich sowohl für ein internationales Verbot der nicht den Normen entsprechenden Tanker als auch für ein anerkanntes Verfahren einzusetzen, in dem ranghöhere Mannschaftsmitglieder von Tankern zur Verschmutzungsverhütung ausgebildet werden;
3. eine Verbesserung
   a) der internationalen Zusammenarbeit in der Gesetzgebung und auf operationeller Ebene und
   b) der nationalen Verwaltungsstrukturen und Soforthilfeverfahren zur Bewältigung künftiger Meeresverschmutzungsprobleme anzustreben.

Richtlinie 21

Kooperativprogramm mit dem Atlantischen Institut für internationale Angelegenheiten

Die Versammlung

verweist auf die Bedeutung einer sorgfältigen Prüfung der künftigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Probleme der einzelnen Mitgliedsländer und des Bündnisses insgesamt;

erkennt die gegenseitigen Vorteile, die von einer Zusammenarbeit mit dem Atlantischen Institut für internationale Angelegenheiten in bezug auf ein Programm dieser Art gewonnen werden können:

beauftragt ihren Generalsekretär alle geeigneten Schritte einzuleiten, um eine gemeinsame Konferenz (oder Konferenzen) vorzubereiten, deren Zeitpunkt und Ort allen teilnehmenden Parlamentariern und dem Personal für das Atlantische Institut-Vorhaben geeignet erscheint.